

Ist eine Reform der UNO möglich? Die Zeichen der Zeit sprechen dringend dafür

06.08.2024 um 16:38

von **Manfred Nowak**



Peter Kufner

Das Vertrauen in die Problemlösungskapazität der UNO war noch nie so niedrig wie heute.

Am 29. 7. 2024 hat Duygu Özkan in der „Presse“ mit Recht auf die Finanzkrise der **UNO** hingewiesen. Deren viel zu kleines Budget und die Säumigkeit der Mitgliedstaaten sind allerdings nur Symptome einer viel tiefer reichenden Legitimationskrise der UNO und des Multilateralismus generell. Das Vertrauen in die Problemlösungskapazität der UNO war noch nie so niedrig wie heute.

Die UNO wurde 1945 in Reaktion auf zwei Weltkriege, die Weltwirtschaftskrise, den Aufstieg des Faschismus und den Holocaust mit den Aufgaben Friedenssicherung, Entwicklung und Menschenrechte gegründet. Zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit wurden Angriffskriege verboten und die universellen Rechte aller Menschen als legitimes Ziel der Völkergemeinschaft rechtlich verankert.

Gastkommentare und Beiträge von externen Autoren müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen.

>>> **Mehr aus der Rubrik „Gastkommentare“**

Knapp 80 Jahre später müssen wir leider feststellen, dass keines dieser drei Ziele erreicht

wurde. Weltweit toben heute mehr Kriege (Angriffskriege wie in der Ukraine, Bürgerkriege wie im Sudan, internationalisierte Bürgerkriege wie in Syrien) als in jedem anderen Jahr seit 1945. Die Gefahr eines dritten Weltkriegs, der atomar geführt zur Auslöschung der Menschheit führen könnte, ist heute größer als jemals zuvor.

Der Begriff Entwicklung wurde allzu lang primär als ökonomische Entwicklung verstanden. In den 1990er-Jahren kam die soziale Entwicklung in Form der Armutsbekämpfung hinzu, bei der besonders in China große Fortschritte erzielt wurden. Durch die von einer neoliberalen Wirtschaftspolitik unter Dominanz internationaler Konzerne gesteuerten Globalisierung wurden allerdings die ökologischen Folgen dieser wachstums- und profitorientierten Weltwirtschaft vernachlässigt, sodass wir heute mit einer dreifachen planetaren Krise (Klimawandel, Verlust der Biodiversität, Verschmutzung von Land, Luft und Wasser) konfrontiert sind. Die nachhaltigen Entwicklungsziele der UNO-Agenda 2030 und die Pariser Klimaziele zeigen mögliche Lösungsmuster auf, doch sind wir weit davon entfernt, diese zu erreichen.

Auch mit den Menschenrechten sieht es heute schlechter aus als früher. Trotz des Kalten Kriegs wurden die universellen Menschenrechte in vielen Konventionen als rechtlich verbindliche Pflichten der Staaten kodifiziert. In den 1990er-Jahren gab es zwar gewisse Fortschritte wie die Wiener Weltmensenrechtskonferenz 1993, die Einrichtung internationaler Straftribunale und umfassende Friedensmissionen, in denen die Stärkung von Demokratie, Rechtsstaat und Menschenrechten einen wesentlichen Bestandteil bildete. Im 21. Jahrhundert verloren die Menschenrechte als einziges universell anerkanntes Wertesystem jedoch zunehmend an Bedeutung.

Das Verfehlen der Hauptziele kann allerdings nicht primär der UNO angelastet werden, sondern liegt in der Verantwortung ihrer 193 Mitgliedstaaten. Auch haben die UNO und ihre Spezialorganisationen in anderen Bereichen wie der Weltgesundheitsorganisation, Ernährungsorganisation, humanitären Hilfe, Flüchtlingshilfe und beim Katastrophenschutz Unglaubliches geleistet. Manche Kritiker sagen, die UNO wäre primär dazu da, Schmutz wegzuräumen und Schäden zu reparieren, welche die Staaten durch brutale Kriege, fehlgeleitete Wirtschaftsentwicklung, Umweltverschmutzung und gravierende Menschenrechtsverletzungen verursacht hätten. Man muss sich nur vorstellen, wie viel schlimmer die Welt aussehen würde, gäbe es all diese ungedankten Maßnahmen der UNO nicht. Daher muss jede Reform der UNO darauf gerichtet sein, deren Legitimitätskrise zu überwinden, und sie dazu befähigen, ihre Hauptziele zu verwirklichen: Kriege zu verhüten, Menschenrechte effektiv zu schützen und eine nachhaltige Entwicklung durch die erfolgreiche Bekämpfung der Armut und enormen ökonomischen Ungleichheit, aber auch des Klimawandels und der Zerstörung des ökologischen Gleichgewichts auf unserem Planeten zu sichern.

Legitimität zurückgewinnen

Die wichtigste Voraussetzung für eine erfolgreiche Reform ist, dass die UNO in den Augen der Menschen wieder Legitimität gewinnt. In der derzeitigen geopolitischen Situation wäre wahrscheinlich die Beendigung des Kriegs zwischen Israel und den Palästinensern sowie eine nachhaltige Lösung der Palästina-Frage durch entsprechende Resolutionen des Sicherheitsrats ein entscheidender Schritt zur Stärkung der Legitimität der UNO. So verfahren die Situation auch aussehen mag, so zeigt sich gerade hier auch eine Chance für einen nachhaltigen Frieden. Rechtlich gesehen verletzt Israel, wie der **Internationale Gerichtshof** erst kürzlich wieder festgestellt hat, durch die Besetzung palästinensischer Gebiete verschiedene Normen des Völkerrechts, aber auch seine Schutzverantwortung

(Responsibility to protect) gegenüber den auf seinem Territorium lebenden Menschen, allen voran den Palästinensern. Insofern sollte die Verantwortung zum Schutz dieser Menschen auf den UNO-Sicherheitsrat übergehen.

Da der Globale Süden (insbesondere Südafrika) bereits rechtliche und politische Initiativen im Rahmen der UNO zur Beendigung des Kriegs gesetzt hat, wird es wohl China und Russland (als Teil der **BRICS-Staaten**) schwerfallen, sich gegen entsprechende Resolutionen des Sicherheitsrats zu stellen. Der Schlüssel zur Lösung des Problems liegt daher bei den Staaten des Globalen Nordens, besonders den USA. Wenn die USA bereit wären, ihre Blockade des Sicherheitsrats aufzugeben (Anzeichen dafür gibt es bereits), und einer vom Globalen Süden initiierten Friedenslösung zuzustimmen, dann würden auch England und Frankreich mitziehen. Zumal ein Frieden unter aktiver Mitwirkung der Biden-Regierung auch die Chancen eines Wahlsiegs von Kamala Harris gegenüber Donald Trump erhöhen würde. Womit die UNO den ihr gebührenden Platz als friedensstiftende Weltorganisation wieder zurückgewonnen hätte. Mit einer nachhaltigen Lösung der Palästina-Frage wären auch Möglichkeiten für weitere Friedensinitiativen im Nahen Osten (Syrien, Jemen) und in anderen Brandregionen weltweit eröffnet.

Langfristig gesehen müssten aber auch strukturelle Reformen der UNO, allen voran eine Reform des Sicherheitsrats eingeleitet werden, wie sie der ehemalige Generalsekretär Kofi Annan bereits beim Gipfeltreffen 2005 vergeblich gefordert hat. Einflussreiche Staaten des Globalen Südens wie Brasilien, Mexiko, Südafrika, Nigeria oder Indien sollten zu ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrats aufgewertet und das Vetorecht der ständigen Mitglieder durch eine qualifizierte Mehrheit ersetzt werden. Zur Verhütung von Kriegen bedürfte es auch einer permanenten und schlagkräftigen schnellen Eingreiftruppe der UNO (wie in deren Satzung von Anfang an vorgesehen), die aber nie verwirklicht wurde. Dafür sollte das UNO-Budget deutlich erhöht und sollten **Weltbank**, Internationaler Währungsfonds und die **Welthandelsorganisation (WTO)** reformiert werden, um die Weltwirtschaft nachhaltiger zu gestalten, die ökonomische Ungleichheit und die Klimakrise zu bekämpfen.

Vielleicht können sich die Staats- und Regierungschefs des am 22. und 23. 9. 2024 in New York stattfindenden Zukunftsgipfels (Summit for the Future) ja auf erste Ansätze für eine umfassende Reform der Weltorganisation einigen. Gute Ideen liegen jedenfalls auf dem Tisch - viel Zeit verlieren sollten wir nicht mehr.

Reaktionen an: debatte@diepresse.obfuscationcom

Applied Human Rights – Ruedastudio

Zum Autor:

Manfred Nowak (*1950), Univ.-Prof., Menschenrechts- und UNO-Experte, 2020 gründete er mit anderen das Wiener Forum für Demokratie und Menschenrechte (www.humanrights.at).

Lesen Sie mehr zu diesen Themen:

- [Gastkommentar](#)
- [Meinung](#)